



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467
Fax : (0221) 221 - 29047
E-Mail: sebastian.diener@stadt-koeln.de

Datum: 19.12.2017

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren vom 14.12.2017**

öffentlich

**4.4 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit
2315/2017**

RM Herr Detjen erläutert, dass es im Rat eine intensive Debatte gegeben habe, inwiefern AGH-Maßnahmen in ein Beschäftigungsprogramm gehören, da es ja darum gehe, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Daher habe er die Frage, ob es mit diesem Programm möglich sei, AGH-Maßnahmen zu finanzieren.

Herr Wagner teilt mit, dass mit diesem Programm keine Arbeitsgelegenheiten bezahlt werden. Das Jobcenter Köln, aber auch die Trägerversammlung haben kein Interesse, Arbeitsgelegenheiten in oder mit diesem Programm in die Stadt Köln zu bringen. Beschäftigungsförderung sozialversicherungspflichtiger Art werde der einzige Schwerpunkt in diesem Programm für das Jobcenter beziehungsweise die Arbeitsagentur für Arbeit sein.

RM Herr Detjen sagt, dass in dem Konzept an einer Stelle eine Falschaussage getroffen werde, welche korrigiert werden müsste. Auf Seite 9 der Anlage stehe:
„Die vertragliche Ausgestaltung zur operativen Beauftragung der KGAB muss ebenso sicherstellen, dass der Schwerpunkt des Beschäftigungsprogramms und somit der Fokus auf den sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten liegt, Arbeitsgelegenheiten hier nicht im Vordergrund stehen.“

Er fragt nach, wie man hier Arbeitsgelegenheiten ausschließen könne. In der Verwaltungsvorlage sei die besondere Rolle der KGAB dargestellt. Er habe den Eindruck, es habe zu Beginn die Idee gegeben, dass die KGAB der Hauptträger werden solle. Daher habe diese seiner Meinung nach nun diese besondere Rolle. Er bittet um Erläuterung, was diese besondere Rolle beinhalte und wo der Unterschied zu den „normalen“ Trägern liege. Außerdem bitte er um eine saubere Trennung der Begrifflichkeiten.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bestätigt, für

das gesamte Projekt, dass die sozialversicherungspflichtige Arbeit im Mittelpunkt stehe. Es müsse aber anerkannt werden, dass es in Köln Menschen gebe, für die der erste Arbeitsmarkt nicht zugänglich sei. Dass diese Menschen auch im Blick seien, solle mit dieser Formulierung klargestellt werden. Festzuhalten sei aber, dass dieses Maßnahmenpaket für den ersten Arbeitsmarkt vorgesehen werde und dessen Förderung die Intention sei.

Die KGAB sei eine 100%ige städtische Tochter. Auch in anderen Bereichen sei es so, dass 100%ige städtische Töchter nicht nur Auftragsempfänger seien, sondern auch koordinieren und Aufgaben nach außen weitergeben.

Die KGAB solle kein vorrangiger Träger sein, sondern ihre Kompetenz dazu genutzt werden, Fördermittel zu akquirieren und vorbereitend tätig zu sein.

Er bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass eine 100%ige Tochter durch In-House-Verfahren privilegiert behandelt werden dürfe.

SB Frau Schmerbach ist dankbar für die Fragen von RM Herr Detjen. Sie fände es gut, dass das Programm gestärkt werde, um Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten zu fördern.

Es gebe außer der KGAB noch weitere Beschäftigungsgesellschaften. Im Konzept stehe:

„Auch diesbezüglich ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen KGAB und den weiteren Trägern sicherzustellen und vertraglich zu regeln“

Sie frage, was genau das eigentlich bedeute.

Frau Gramm sagt, dass es bereits seit Jahrzehnten eine gute Beschäftigungsträgerlandschaft gebe. Diese solle mit diesem Programm gleichermaßen mitgeschützt und unterstützt werden.

Daneben gebe es die KGAB, die ebenfalls Beschäftigungsträger sei. Die gesamte Kölner Beschäftigungsträgerlandschaft solle adäquat beteiligt werden. Damit keine Benachteiligung passieren könne, werden Programme erarbeitet, die festlegen, dass die kommunalen Beschäftigungsträger einen angemessenen Anteil an Beschäftigten generieren können.

RM Frau Heuser bedankt sich bei allen Beteiligten für die Erstellung des Programms.

Es werde zukünftig somit verschiedene Ratsvorlagen geben, wobei es unter anderem um den finanziellen Umfang gehen werde, mit welchem das Programm hinterlegt werden solle. Sie fragt, was unter „*finanziellen Umfang*“ verstanden werden könne, ob auch der Umfang der Aufträge per Ratsbeschluss festgelegt werde.

Des Weiteren fragt sie, ob dem Ausschuss der Vertrag vorgelegt werde, in welchem die Rolle der KGAB ausgearbeitet werde.

Frau Gramm teilt mit, dass mit finanziellem Umfang der Anteil der Finanzierung aus dem kommunalen Haushalt gemeint sei. Alle zwei bis drei Jahre werde man mit einer neuen Vorlage und einem hinterlegtem Berichtswesen an den Rat gehen. Zukünftig werde es diese Vorlagen in den Haushaltsplanberatungen geben. Hier bei werde dann über den künftigen Haushaltsansatz beraten.

RM Frau Heuser gibt an, dass kommunale Einsparungen nachrangig nach denen des Bundes sein werden. Erst profitiere der Bund davon, wenn Menschen aus der Arbeitslosigkeit kommen und dann zum Schluss erst die Kommune. Also sei es fraglich, ob die Stadt tatsächlich so viel Geld einspare, dass man darüber dann nennenswerte Summen zusammen bekommen würde.

Frau Gramm fährt fort, dass es durchaus bewusst sei, dass man in den nächsten zwei Jahren das Programm nicht refinanzieren könne. Mittelfristig wolle man aufzeigen, dass kommunale Kosten durch das Programm eingespart werden können, wenn z.B. Beschäftigungsverhältnisse durch dieses Programm länger andauern. Insofern sei dies ein mittel- bis langfristiges Ziel. Das sei kein Punkt, den man kurzfristig in voller Höhe darstellen könne. Es gehe auch darum, gesellschaftspolitisch etwas zu erreichen.

In der Lenkungsgruppe werde ein entsprechendes Förderprogramm für eine bestimmte Zeit von voraussichtlich zwei bis drei Jahren entwickelt. Hier gebe es Schwerpunktsetzungen. Diese wolle man berichten und zur Zustimmung stellen, damit die Politik weiterhin Einfluss auf die Vorgehensweise der Verwaltung habe. Die Rolle der KGAB sei zum Einen, dass diese Mitglied in der Steuerungsgruppe als städtische Tochter sei. Sie werde für die Stadt In-House-Geschäfte durchführen. Außerdem habe sie ein breites Portfolio. Somit können mehrere Tätigkeitsfelder abgedeckt werden.

Der Vertrag beziehe sich darauf, dass die KGAB keinen Zuwendungsbescheid für eine Personalkostenfinanzierung bekommen könne. Die KGAB müsse von der Stadt Köln beauftragt werden. Dieser Auftrag müsse auch noch durch den Rat oder den Ausschuss gehen.

RM Frau Heuser sagt, dass sie das so interpretiert habe, dass in diesem Vertrag auch geregelt sei, wie das Verhältnis der KGAB zu den anderen Trägern sei.

Frau Gramm teilt mit, dass bisher lediglich festgestellt wurde, dass die Beauftragung der KGAB einzeln erfolgen müsse. Die Vertragsinhalte habe man noch nicht fertig ausgearbeitet. Somit könne sie hierzu noch keine Informationen geben.

SE Herr Krücker sagt, dass sich die Freie Wohlfahrtspflege bereits im Vorfeld für das Förderprogramm ausgesprochen habe. Dennoch sei er ernüchert. Er kritisiert das Verfahren. Es habe eine Arbeitsgruppe gegeben, welche an diesem Programm gearbeitet habe. Diese Arbeit wurde dann abgebrochen und die weitere Beratung finde erst wieder hier im Sozialausschuss statt. Seiner Meinung nach fokussiere sich das Programm doch sehr eindeutig auf kommunale Unternehmen. Er sehe die Wettbewerbsneutralität nicht angemessen verwirklicht.

Des Weiteren hätte er gerne eine Interpretationshilfe, wie sich die Angemessenheit bei der Verteilung ausdrücke. Wie hoch sei der Anteil des Programms, welche bei stadtnahen Gesellschaften durchgeführt werden und wie hoch sei der Anteil von Organisationen, welche am ersten Arbeitsmarkt tätig seien.

Frau Gramm antwortet, dass die Arbeitsgruppe abgebrochen werden musste, weil vertrauliche Unterlagen, welche noch im Entwurfsstatus waren, in die Öffentlichkeit gelangten.

Die Fokussierung auf kommunale Unternehmen komme daher, dass der Stadtwerkekonzern und die Stadt selbst programmatisch als Auftraggeber Verantwortung übernehme. Dies soll ein verstärktes In-die-Pflicht-nehmen sein und keine Bevorzugung mit Fördermitteln.

Eine prozentuale Verteilung könne sie nicht angeben, da diese erst nach der Bewilligung erarbeitet werde.

SE Herr Krücker gibt an, dass er keine konkreten Prozentzahlen wünsche, sondern lediglich grobe Blöcke um eine grobe Orientierung zu haben.

Frau Gramm teilt mit, dass auch diese grobe Orientierung erst noch erarbeitet werde. Programmatisch könne man aber die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen als Schwerpunkt festlegen.

RM Frau Hoyer sagt, dass die Zielsetzungen, Langzeitarbeitslose eine Perspektive zu bringen und Menschen somit in Arbeit zu bringen, unterstützenswert sei. Dennoch sehe sie in dem Programm die Kommune vertreten und auch die Beschäftigungsträger, jedoch fehlen ihr die Unternehmen. Daher interessiere es sie, wer denn nun in der Lenkungsgruppe sitzt.

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich ausdrücklich bei den Initiatoren. Die langzeitarbeitslosen Personen, welche hier die Zielgruppe seien, seien die, mit denen die Unternehmen ausweislich nicht arbeiten wollen. Das seien die, die über lange Jahre hinweg nicht eingestellt werden. Die Erfahrung zeige, dass es den Unternehmen zu kompliziert sei mit diesen Leuten zu arbeiten.

Er glaube, dass es bei der Frage der Beteiligung der KGAB eine Reihe von Leuten gebe, die Verantwortung mittragen und sich darüber einig seien, dass keine Bevorzugung der KGAB gegenüber anderen Beschäftigungsträgern stattfinden solle. Dennoch solle man die besonderen Möglichkeiten, die durch eine städtische Tochter gegeben seien, auch genutzt werden.

Bezüglich des Nachweises aus den eingesparten Kosten der Unterkunft möchte er vor einer Falle warnen. Solch ein städtisches Programm müsse in sich finanziert sein und man dürfe nicht von Einsparungen an anderer Stelle ausgehen.

Die Mieten in Köln steigen, das heiße, Einsparungen bei Kosten der Unterkunft bei steigenden Mieten nachzuweisen sei fraglich.

Die Kosten der Unterkunft machen im Gesamtpaket der Unterstützung einer langzeitarbeitslosen Person nur einen kleinen Teil aus, der nicht für das Ganze reichen würde.

RM Herr Klausing bedankt sich ebenfalls für das vorgelegte umfangreiche Konzept. Er stelle sich jedoch die Frage, wieso 200.000 € benötigt werden, um 700.000 € zu verwalten.

Außerdem fragt er nach den Schnittstellen dieses Programmes mit „Win-Win für Köln“.

Er betont ausdrücklich, dass in dem Ausschuss Sozialpolitik betrieben werde und keine Finanzpolitik. Das sollte auch in die Fraktionen so vertreten werden.

Er fragt, wie die konkrete Finanzierung aussehe und welche Fördermittel die Verwaltung sich hier vorstelle. Wenn das Programm komplett städtisch finanziert werden solle, dann mache die Verwaltung faktisch ein Minusspiel.

Die Lenkungsgruppe stelle das Verhältnis von Beschäftigungsträgern zu städtischen Unternehmen und der freien Wirtschaft dar. Seine Fraktion fragt, ob diese Gruppen in der Lenkungsgruppe auch entsprechend beteiligt seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau fügt ein, dass es viele ins Detail gehende Fragen gebe und die Vorlage doch ohne Votum in die Beratungsfolge solle. Er rege an, ein Fachgespräch anzubieten, zu denen Interessierte aus diesem Ausschuss hinzukommen könnten.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold erinnert daran, dass der Rat bereits am 19. Dezember tagte und es zeitlich vorher sehr wahrscheinlich nicht mehr möglich sei, einen gemeinsamen Termin zu finden.

RM Herr Detjen teilt mit, dass er sich diese Diskussion im Rat nicht erneut wünsche. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen und appelliert, den Auszug aus der Niederschrift rechtzeitig in den Rat zu geben.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold hält das Konstrukt eines Fachgesprächs, wo danach nicht mehr viel Zeit dafür ist, die Kolleginnen und Kollegen zu informieren für schwierig.

Er appelliert an die noch folgenden Redner sich im Anbetracht der Zeit kurz zu halten.

Frau Gramm führt aus, dass momentan der Anteil der Verwaltungskosten für zwei 0,75 Stellen innerhalb der Verwaltung unmittelbar und 0,75 Stelle mittelbar für die KGAB geplant sei. Das wirke im ersten Moment im Bezug zur Gesamtsumme als sehr viel.

Ursprünglich sei die Absicht gewesen, dass Beschäftigungsförderungsprogramm mit ca. 3 Millionen € einbringen zu wollen. Das habe sich errechnet aus knapp 1% der jährlichen Kosten der Unterkunft. Das hätte das Verhältnis aus Fördermitteln und Verwaltungskosten schon deutlich verbessert. Die Zielrichtung sei die Zahl der zur Verfügung stehenden Fördermittel weitestgehend zu nutzen.

Wenn sich das Programm volkswirtschaftlich und sozialpolitisch bewiese, strebe man an, mittel- oder langfristig höhere Volumina für das Programm angeben zu können. Die Verhandlungen mit den einzelnen Beteiligten und die Umsetzung und die entsprechende Dokumentation, sowie Monitoring benötige einiges an geeignetem Fachpersonal.

Die Schnittstelle zu Win-Win werde es geben. Die Träger von Win-Win seien auch die Beschäftigungsträger der Stadt. Win-Win beziehungsweise das Stadtverschönerungsprogramm werde natürlich eine entsprechende Verschränkung und Verbindung bekommen.

Die Verwaltung wolle aber auch beim Stadtverschönerungsprogramm längerfristige Beschäftigungsverhältnisse erreichen. Das sei teilweise schon aus eigenen Mitteln des Programmes realisiert worden. Da bei den beiden Programmen zwei unterschiedliche Ansätze vorliegen, soll das Stadtverschönerungsprogramm nicht völlig darin aufgehen.

Die konkrete Einsetzung von Fördermitteln zeige sich langfristig bei dem Programm dadurch, welche Fördermittel durch den Bund, das Land etc. zur Verfügung stehen. Die Lenkungsgruppe sei mit Vertretern der Stadt, mit Vertretern der stadtnahen Gesellschaften sowie der vorrangig finanzierenden Institutionen Jobcenter und Agentur für Arbeit besetzt,

. Durch die Verbindung zum kommunalen Bündnis für Arbeit mit einer Berichterstattung und Beratung existiere die Möglichkeit Unternehmen und Unternehmensverbände einzubeziehen.

Die hauptsächliche Nutzung des ersten Arbeitsmarktes werde aber voraussichtlich über die Vergabe laufen.

SE Herr Corneth sagt, dass das Programm nicht an Dingen scheitern solle, welche man vorher hätte regeln und berücksichtigen können.

Er könne jetzt verstehen, wieso im Konzern über zusätzliche Aufgaben nachgedacht werden. Dennoch sei dies sehr intransparent.

Des Weiteren bitte er bezüglich dem Vergaberecht und der Gemeindeordnung alles abzuklären. Hieran seien früher schon Programme gescheitert. Die Notwendigkeit wurde ja ausreichend bereits dargestellt.

RM Frau Gärtner betont, dass sie die Arbeit zu schätzen wisse, welche da gemacht wurde.

Es seien Dinge an die Öffentlichkeit gekommen, die hier nicht hingehört hätten. Jedoch mahne sie, wenn alle Gremien, bei denen etwas unerlaubt in die Öffentlichkeit gelangt sei aufgelöst würden, dann gäbe es wohl in der Stadt kaum noch Gremien. Sie wolle das nicht ironisieren, sie finde, dass das eine Katastrophe sei, dass dies so häufig vorkomme. Man könne dies aber nicht zum Anlass nehmen, ein Gremium nicht mehr fortzuführen oder stark eingeschränkt fortzuführen. Vor allem, wenn man nicht wisse, wodurch es an die Öffentlichkeit gelangt sei. Sie bitte dieses Vorgehen nochmals zu überdenken.

SE Frau Eggeling äußert sich zum Schwerpunkt der Ausschreibungen. Das Programm sei ja für alle Zielgruppen gedacht, die im SGB II Bezug seien, auch für Wohnungslose. Diese seien meist bei Trägern beschäftigt, welche nicht an Ausschreibungen teilnehmen. Sie fragt, wie diese Menschen die Möglichkeit bekommen an dem Programm teilzunehmen.

Frau Gramm antwortet, dass die Vergabevorschriften beachtet werden. Seit 2009 gebe es die Möglichkeit bei Ausschreibungen auch soziale Aspekte mit zu berücksichtigen. Dies werde man im Rahmen der Ausschreibungen nutzen. Zu Beginn wird es sich nicht um große Umfänge handeln, da man sich erst langsam an den Markt herantasten müsse, beispielsweise wie der Markt das Programm überhaupt annehme. Man wolle an bereits gemachten positiven Erfahrungen aufbauen unter Wahrung aller rechtlichen Rahmenbedingungen.

Dass Informationen vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangen sei sehr schade. In einer sehr intensiven Diskussion über Rahmenbedingungen wolle man eben nicht, dass dies an die Öffentlichkeit gelange. Es solle intern diskutiert werden und nicht öffentlich. Die Arbeitsgruppe sei über den Werdegang des Programmes auch informiert und werde zukünftig wieder mehr mit einbezogen. Das sei im Programm auch so vorgesehen.

Die von SE Frau Eggeling angesprochenen Träger für Zielgruppen könnten über Vergaben nicht beteiligt werden.. Personenbezogene Förderungen über die Möglichkeit der subventionierten Beschäftigung komme hierfür eher in Betracht.

SE Frau Eggeling sagt, dass diese Förderungen aber nicht 100%ig kostendeckend seien. Sie fragt, ob die Möglichkeit bestehe durch das Programm dann die aufstoc-kenden Mittel zu bekommen.

Frau Gramm bestätigt das.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage gemeinsam mit TOP 12.7 zu beraten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Vorlage ohne Votum in die Beratungsfolge zu verweisen.